

Frage des Tages

Soll die Kantonsregierung die Asylquote für die Gemeinden offenlegen?

Liestal kritisiert die Verteilung der Asylbewerber im Baselbiet. Soll die Regierung die Quoten publizieren? www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage von gestern:
Ist die Wiederwahl der Basler SP-Regierungsräte gefährdet?



Baselbieter Asylstreit spitzt sich zu

Liestal will Offenlegung der Aufnahmequote erstreiten – Bennwil weigert sich vorläufig, Flüchtlinge aufzunehmen

Von Boris Gygax

Liestal/Bennwil. Lukas Ott kämpft unermüdlich für die Offenlegung der Asyl-Aufnahmequote der Baselbieter Gemeinden. Der Verdacht des Liestaler Stadtpräsidenten: Die Zuteilung der Flüchtlinge durch den Kanton an die Gemeinden ist ungerecht. Seit letzten Sommer bekannt geworden ist, dass die Gemeinde Muttenz über einen längeren Zeitraum ihre Quote nicht erfüllte, sah sich Ott in seiner Annahme bestärkt.

In seinem Kampf hat er bereits den zweiten Rückschlag erlitten. Nachdem das Sozialamt sein Gesuch im September 2014 abgelehnt hat, kommt auch der Verband Basellandschaftlicher Gemeinden (VBLG) zum Schluss, dass mit der Veröffentlichung der Asyl-Aufnahmequoten «kein ersichtlicher Beitrag zur Entschärfung der Lage geleistet werden könnte». Dies teilte der VBLG in einem Schreiben vom 4. Januar mit, das der BaZ vorliegt. Der Verband wurde vom Kanton zur Klärung der Frage beigezogen, ob die Forderung Liestals auch der Meinung der Mehrheit der Baselbieter Gemeinden entspreche. Damit schloss sich der VBLG der Haltung der Baselbieter Regierung an.

Dies sei ein «selbstherrlicher Beschluss» des VBLG-Vorstandes gewesen, sagt Ott. Die Gemeinden seien nie zum Thema befragt worden. «Darum fühlen wir uns durch den Verband auch nicht vertreten.» Liestal halte an seinem Gesuch fest und berufe sich auf das Öffentlichkeitsprinzip.

Liestal geht nun noch einen Schritt weiter: In einem Schreiben, das am Mittwoch dem Kanton zugestellt wurde, fordert Ott «den Erlass einer anfechtbaren Verfügung». Damit ist auch ein Gang vor das Kantonsgericht nicht mehr ausgeschlossen. «Wir prüfen alle Möglichkeiten», sagt er dazu.

Das Misstrauen wächst

Lange sah es so aus, als stehe Ott alleine mit seiner Forderung da. Doch die Stimmung in den Baselbieter Gemeinden hat sich nach der Erhöhung der Asylquote von 0,8 auf ein Prozent verschlechtert. Damit erhöhte sich der Druck auf jene Gemeinden mit Platzproblemen. Gleichzeitig stehen die Gemeinden dem Zustrom von Asylbewerbern ohnmächtig gegenüber. Und



Asylkoordinator in der Kritik. Immer mehr Gemeinden fordern von Rolf Rossi mehr Transparenz in der Zuteilung der Flüchtlinge. Foto Kostas Maros

sie machen die gleiche Rechnung wie Lukas Ott: Viele Asylbewerber fallen in die Sozialhilfe, wenn die Frist nach fünf bis sieben Jahren abgelaufen ist, während der der Bund für sie aufkommt. Das Misstrauen gegenüber dem Kanton wächst.

Auch die Gemeinde Bannwil schliesst sich Liestal an und geht einen Schritt weiter: Sie verweigert sich vorerst der Flüchtlingsaufnahme. Bevor der Gemeinderat irgendwelche Schritte wie etwa die Unterkunftssuche veranlasst, verlangt er eine Liste, aus der ersichtlich ist, wie viele Asylsuchende in jeder Baselbieter Gemeinde betreut werden. «Wir sind der Ansicht, dass nicht alle Baselbieter Gemeinden ihre Pflicht erfüllen, auch nicht mit der bisherigen Quote von 0,8 Prozent.» Dies teilt der Bannwiler Gemeinderat dem Kanton in einem Schreiben vom 8. Januar mit.

Die Forderung sei aus der Diskussion im Gemeinderat entstanden, sagt

Gemeindepräsidentin Verena Scherrer. Nachdem Hölstein die Verbundlösung aufgrund der Erhöhung der Asylquote kündigen musste, ist Bannwil auf der Suche nach Wohnraum. Anfang Februar soll ein Gespräch zwischen Asylkoordinator Rolf Rossi und dem Gemeinderat stattfinden. Schon jetzt ist für Scherrer klar, dass sie auf ihrer Forderung besteht und «nicht gleich klein beigeben werde».

Die Fronten verhärten sich zunehmend. Der Kanton möchte zum laufenden Verfahren keine Stellung nehmen. «Wir nehmen das Anliegen von Liestal ernst und werden versuchen dem Wunsch nachzukommen, den Zugang zu diesen Zahlen zu gewähren», sagt Rossi.

Die Zurückhaltung zeigt: Die Forderung hat grosse politische Sprengkraft, denn es könnte das bisherige Zuteilungssystem zu Fall bringen, das bisher auf dem Vertrauen in Rossi beruhte. Sollten die Gemeinden tatsächlich

Einsicht erhalten, werden Zuteilungen kaum mehr einfach so hingenommen. Gut möglich, dass Mitsprache gefordert, Bedingungen bei der Aufnahme von Flüchtlingen gestellt oder gar die Aufnahme verweigert wird. Auf Letzteres wird es langfristig hinauslaufen.

Schon nach der ersten Anfrage Liestals machte Rossi gegenüber der BaZ deutlich, dass den Gesuchstellern wohl nicht bewusst sei, welche Konsequenzen ihre Forderung haben könnte. Die Gangart werde möglicherweise härter, wenn die Zuteilung danach erfolge, wie lange eine Gemeinde keine Flüchtlinge mehr aufgenommen habe und jeder Platz gefüllt werden müsse. «Wir versuchen, die Wünsche bezüglich Herkunft und Anzahl der Asylbewerber zu respektieren und möglichst wenig mit Zwang zu agieren», sagte Rossi damals. Über einen längeren Zeitraum könne sich aber niemand drücken.

Der zunehmende Leidensdruck im Asylbereich scheint das Misstrauen

gegenüber dem Kanton zu schüren. Auf Anfrage der BaZ unterstützen einige Gemeinden die Forderung nach mehr Transparenz, vor allem kleinere aus dem Oberbaselbiet. Die Begründung lautet nicht immer: Misstrauen gegenüber dem gegenwärtigen System. Die Transparenz diene mehr «einem Vergleich untereinander».

Anderes Bild bei den Gemeinden aus dem Unterbaselbiet: Auf den ersten Blick sei eine Veröffentlichung zwar wünschenswert, sagt beispielsweise Reinachs Gemeindepräsident Urs Hintermann. Auf den zweiten Blick löse diese Forderung aber nur Unruhe aus. «Die Erfüllung der Quote kann von Tag zu Tag schwanken, sodass Zahlen kaum aussagekräftig sind.» Nur eine Darstellung über eine längere Periode sei überhaupt sinnvoll. «Eine Offenlegung der aktuellen Erfüllungsquoten ist also erst in einem halben Jahr aussagekräftig. Dies wäre so oder so zu spät, um die jetzige Situation zu beruhigen.»

Schattenboxen um die Gotthardröhre

Befürworter des Sanierungstunnels befürchten regionales Verkehrschaos, sollte die Initiative abgelehnt werden – Bern wiegelt ab

Von Serkan Abrecht

Basel. Während Bundesrätin Doris Leuthard auf Stimmenfang durchs ganze Land tourt, befasst sich ihr Departement ausgiebig mit Alternativlösungen, sollte der Sanierungstunnel vom Stimmvolk abgelehnt werden. Doch die Debatte hat sich auch in die Kantone verlagert. Gesprochen wird über die Errichtung von Rollenden Landstrassen (Rola), um den Transitverkehr der Lastwagen auf den Schienenverkehr umzulagern. Neben einer Kurz-Rola Erstfeld-Biasca bräuchte die Eidgenossenschaft auch eine Lang-Rola für die Verbindung ins Tessin.

Gegner wie Befürworter führen ins Feld, dass ein Lastwagenschlagplatz

hier in der Region entstehen könnte, um die Verbindung Basel-Chiasso zu sichern. «Dann versinkt die Nordwestschweiz in einem Verkehrschaos», prognostiziert die Baselbieter FDP-Regierungsrätin Sabine Pegoraro düster. Falls tatsächlich der Lastwagenschlagplatz gebaut wird, würden die Camions aus den Kantonen Solothurn und Jura alle nach Basel fahren, um sich auf Güterzüge umladen zu lassen, begründet Pegoraro ihre Befürchtung.

Keine Rola in Basel

In den beiden Basel wird nebst der eigentlichen Gotthardröhre heftig über diese Rola diskutiert. Würde sie für mehr oder weniger Verkehr in Basel sorgen? Baudirektorin Pegoraro prophezeit bereits die Verkehrsapokalypse und konstatiert, dass Basel jährlich von Tausenden Lastwagen überflutet werde, sollte die Rola hier in der Region gebaut werden. Den Rücken gestärkt bekommt sie vom Gewerbeverband und der Baselbieter Wirtschaftskammer.

Doch auch die Gegner der zweiten Gotthardröhre lassen ihre Argumente nicht einfach zu Tode fahren und nehmen sich der Rola-Diskussion an. Der VCS beider Basel befindet in der *Basellandschaftlichen Zeitung*, dass mit einer Lang-Rola der Transitverkehr in Basel stark entlastet werden könne.

Pro- und Contra-Argumente für die Basler Rola prasselten in den letzten



Sabine Pegoraro.

Wochen auf das Publikum von Podiumsrunden nieder, doch die eigentlichen Verantwortlichen für die Lastwagenschlagplätze zeigen sich verwundert über die Diskussion in Basel. «In Basel wird keine Rola

entstehen. Das ist bereits beschlossene Sache, eine Lang-Rola steht nicht zur Debatte», sagt Thomas Rohrbach, Sprecher des Bundesamtes für Strassen (Astra), auf Anfrage der BaZ. Die Kurz-Rola Erstfeld-Biasca sei die einzige Rola, welche momentan für das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) infrage kommen würde. Sollte die Sanierungsröhre am Gotthard nicht gebaut werden, habe dies keinen grossen Einfluss auf den Verkehr im Raum Basel, sagt Astra-Sprecher Rohrbach. Mit oder ohne Rola.

Die Gegner der Gotthardröhre, welche die Lang-Rola erst zur Debatte brachten, pflichten der Aussage des Astra bei. «Das Ausbleiben einer Lang-Rola würde den Verkehr in Basel unverändert lassen», so Stephanie Fuchs, Geschäftsleiterin des VCS beider Basel. Der Transitverkehr würde einfach wie bisher weiterhin durch Basel fahren.

Pegoraro lässt sich jedoch nicht beirren: «Die Stausituation auf unseren Strassen ist schon heute prekär. Wenn wir den Gotthard schliessen und stattdessen eine Lang-Rola für den Binnenverkehr von Basel nach Chiasso einrichten, dann würden viele Tausende von Lastwagen nach Basel geschleust, um hier verladen und dann retour durch die Schweiz und den Gotthard geführt zu werden.»

Gemäss dem Synthesebericht des UVEK von 2012 wäre die Lang-Rola jedoch sinnvollerweise für den Transitverkehr bestimmt gewesen. Der Binnenverkehr würde in Erstfeld oder Biasca umgeladen. «Diese Rola ist ja nicht für den Transit, sondern für den Binnenverkehr gedacht. Sie bringt also für den Transitverkehr nichts», befand Pegoraro Gegenteiles und reagiert auf die Argumentation des VCS beider Basel, dass die Rola den Transitverkehr im Raum Basel sogar entlasten würde.

«Reine Stimmungsmache»

Die Antwort des Bundesamtes für Strassen, dass Rolas in Basel nicht zur Debatte stünden, überrascht Pegoraro nicht. «Es ist verständlich, da der Bundesrat einer Lang-Rola skeptisch gegenüberstand.» Dass der Raum Basel nicht vom Verkehr überbelastet wäre, nimmt sie mit Erleichterung zur Kenntnis.

Die Gegeninitianten sprechen von reiner Panikmache der Befürworter, da

sie mit nicht existierenden Tatsachen Stimmung machen würden. «Mit einem Verkehrschaos in der Region zu drohen, ohne ein konkretes Projekt zu haben, ist reine Angstmacherei», meint die Grünen-Grossrätin Mirjam Ballmer.

ANZEIGE

academia



Internationale Maturität
www.academia-international.ch
Telefon +41 61 260 20 80

Schweizerische Maturität
www.academia-gymnasium.ch
Telefon +41 61 260 20 26

Grand Casino Basel

Erleben Sie über 30 neue Spiele.

Die Nummer 1 der Region, das Grand Casino Basel, bietet ab sofort im Glücksspielautomatenbereich über 30 neue Spiele für Sie an.

Entdecken Sie die neue Spielautomatenwelt vom Grand Casino Basel persönlich, oder buchen Sie eine der vielen preiswerten Formeln.